Die Welten des Islam – eine Kultur zwischen Wandel und Beharrung

Wolfgang Günter Lerch

Frank & Timme

Verlag für wissenschaftliche Literatur

Wolfgang Günter Lerch

Die Welten des Islam – eine Kultur zwischen Wandel und Beharrung

Wolfgang Günter Lerch

Die Welten des Islam – eine Kultur zwischen Wandel und Beharrung

Frank & Timme
Verlag für wissenschaftliche Literatur

Umschlagabbildung: in der Nasir-al-Molk-Moschee in Schiras (Iran)

Konrad Adenauer Stiftung

Gedruckt mit Unterstützung der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-7329-0117-3

© Frank & Timme GmbH Verlag für wissenschaftliche Literatur
Berlin 2015. Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts-
gesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in
elektronischen Systemen.

Herstellung durch Frank & Timme GmbH,
Wittelsbacherstraße 27a, 10707 Berlin.
Printed in Germany.
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

www.frank-timme.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort **9**

Die arabische Revolution: Schwieriger Aufbruch zwischen Maghreb und Golf **14**

Die Arabellion strahlt aus 16

Vor zu viel Optimismus wird gewarnt 25

Die Welt des Glaubens: Der Islam – Religion und Kultur zwischen Größe und Krise **28**

Mohammed und der Monotheismus 29

Die Scharia: Der Islam als Gesetzesreligion 33

Trauer muss der Muslim tragen – Der Schiismus 36

Sufismus: Der inwendige Islam 39

Kalam und Falsafa: Der rationale Islam 40

Die Konfrontation mit der Moderne 42

Aufbruch zu einem reformierten Islam? 44

Die Welt der Schriften: Abraham und der „clash of civilizations“ **46**

Die Welt der Metaphysik: Eine Annäherung an die islamische Theosophie **60**

Die Welt der Mystik: Das „Herz“ als Organ der Erkenntnis bei den Sufis **79**

Die Welt der Dichter: Islamische Literaturen als Element der Verweltlichung **89**

Die Welt der Denker: Der islamische Rationalismus und seine modernen Erben **106**

Die Welt des Wissens: Der Islam – einst geistig führend, heute im Abseits 117

Die Welt der Sakraljuristen: Die Macht des Gesetzes – Über die Scharia als etwas zu Überwindendes..... 132

Die Welt der Musiker: Von östlichen und westlichen Klängen..... 142

Die Welt der Formen: Was die islamische Welt als solche erkennbar macht..... 154

Die Welt der Stämme: Clans, Familien, Konfessionen und ihr Einfluss.... 164

Die Welt der Politik: Vom Despotismus – Kalifen, Scheichs und Autokraten 174

Die Welt der Wirtschaft: Islamische Ökonomie zwischen Zinsverbot und Egalitarismus..... 184

Die Welt der Islamisten: Wie der Iran seine glänzende islamische Kultur verspielte..... 198

Was ist davon geblieben? Wie lebt es sich unter Islamisten? Was haben sie erreicht?.....200

Was ist nun aus diesen Zielen geworden?.....201

Die Welt der Traditionen: Elemente der Beharrung – Islamischer Konservatismus 211

Die Welt der Geschichte: Aktuelle politische Betrachtungen zur türkischen Kultur..... 220

Die Welt der Häretiker: Der Islam muss in Zukunft mit seinen „Abweichlern“ leben 229

 © Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

Religiöser und säkularer Diskurs: Vorläufiges Fazit – Wohin treibt die islamische Welt? **239**

Die Welt des Westens: Orient und Okzident: Engagement oder Einmischung? **249**

Bibliographie – eine Auswahl **257**

© Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

Vorwort

Die Religionen sind der Ausdruck des ewigen und unzerstörbaren metaphysischen Bedürfnisses der Menschennatur. Ihre Größe ist, dass sie die ganze übersinnliche Ergänzung des Menschen, alles, was er sich nicht selber geben kann, repräsentieren. (Jacob Burckhardt)

„Der Mensch in Orient und Okzident" nannte Hans Heinrich Schaeder (1896–1957), der Göttinger Orientalist und Kulturphilosoph, eine seiner Arbeiten. Ihr Ziel war es, das Besondere herauszustellen, das den westlichen und den orientalischen Menschen geprägt hat und beide voneinander unterscheidet. Schaeders Arbeit war getragen von einer selbstverständlichen Einsicht, die heute – im Zeitalter eines oft trostlosen Relativismus – verloren zu gehen scheint, nämlich die, dass die Menschen zwar überall mit gleichen Rechten geboren werden, deren Achtung immer wieder gefordert werden muss, dass sie ihrer Kultur nach aber durchaus verschieden sind. Alle, die das leugnen, um besonders „vorurteilsfrei" zu sein, missachten in Wirklichkeit die Prägekraft, die Kulturen und/oder Religionen, ja geistige Phänomene überhaupt auf Menschen auszuüben vermögen. Sie trauen ihnen gar nichts zu, halten sie – zumal angesichts des sogenannten Faktischen, das allein wirklich zähle – für eine bloße Draufgabe, die nicht eben viel bedeute. Dies hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als folgenschwerer Irrtum erwiesen, insbesondere im Hinblick auf den Islam. Einen militanten „clash" der Zivilisationen muss man deshalb nicht gleich proklamieren, auch wenn es den Zusammenprall in mannigfacher Form geben mag.

Kulturen befinden sich offenbar auf einem ungleichen Stand der „Entwicklung". Schon immer gab es in der Geschichte der Kulturen eine „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen" (Egon Friedell). Als Kreta blühte und kurz vor dem Verblühen stand, war Mykenai noch archaisch; als Athen seinen kulturellen Höhepunkt erlebte, war die ägyptische Kultur der Spätzeit schon in Altersskleroserstarrt und unterworfen; und von Rom war, umgekehrt, noch nicht viel zu erwarten. Zwar befindet sich der „Westen" in einer immer multipolarer werdenden Welt insgesamt auf dem Rückzug, aber nicht zuletzt viele Muslime beklagen dennoch einen Nachholbedarf ihrer Kultur ihm gegenüber. Das war,

wir wissen es, vor mehr als tausend Jahren gerade umgekehrt: Damals war der „Westen", das christliche Abendland, der Lernende, der Orient der Gebende, der Lehrer.

Es lag einem Mann wie Schaeder, der freilich vom modernen Orient nicht allzu viel wusste, gewiss fern, einem kulturellen Essenzialismus das Wort zu reden, den „Orient" oder den „Islam" als eine ewig unveränderliche Universalie darzustellen. Auch der Autor der nachfolgenden Essays hat die Vorstellung etwa von einem unveränderlichen *homo islamicus* immer abgelehnt. Diese hat angesichts der jüngsten weltgeschichtlichen Wirren und Gewalttaten eine gewisse Konjunktur erlebt, die nun aber abzuebben beginnt. Galt der Islam bis eben noch vielen – und das nicht ohne stichhaltig scheinende Begründungen – als unveränderlich und unveränderbar, so wird seit einiger Zeit – das Stichwort heißt „arabische Revolution" oder „Arabellion" – an diesem Bild erheblich gekratzt. Vom Islam geprägte, sozialisierte Menschen sind dabei, alte Verhaltensmuster politischer, gesellschaftlicher und auch religiöser Art zu verändern, in einer Weise, die überrascht und von kaum jemandem für möglich gehalten wurde. Wohin dabei die Reise geht, vermag freilich niemand zu sagen. Auch nicht, wie lange sie dauern wird. Obwohl in diesen Volksbewegungen Arabiens der religiöse Diskurs nicht mehr überall vorherrschen mag (was man hier und da wohl noch bezweifeln kann, denn die Bewegung erweist sich als vielfältig und vor allem in Ägypten, Syrien, Libyen und im Irak stark religiös geprägt), so kam die Unruhe doch von Menschen, die in der islamischen Kultur (und Religion) aufgewachsen sind, nun aber ihren Horizont erweitern wollen. Das bedeutet auf lange Sicht nicht mehr und nicht weniger als den Anfang vom Ende dessen, was man mit Recht als „orientalische Despotie" (Karl Wittfogel) bezeichnet hat. Aber man täusche sich nicht: Natürlich wird der Islam auch in Zeiten der Veränderung der zunächst wichtigste Bezugspunkt und Anker jener Kultur sein, die er selbst hervorgebracht hat – obwohl in vielleicht weltlicheren Formen als bisher. Doch gehört eben auch die Beharrung, als eine wichtige Form des Zusammenhalts, zu den konstitutionellen Elementen einer Kultur. Die beharrenden Kräfte scheinen im Islam stärker zu sein als anderswo und sie setzen sich sogar in radikaler, militanter Form zur Wehr.

In den folgenden religions-, kultur- und ideengeschichtlichen Aufsätzen wird indessen gezeigt, dass der Islam schon immer auch anders war, als er nach außen erschien; anders aber auch, als er den Kritikern unter den eigenen Glaubensgenossen oft entgegentritt. Vor einer kurzen Einführung über den Islam, die diese Religion und Kultur zunächst so wiederzugeben versucht, wie

 © Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

ihre Anhänger sie bis heute ungebrochen und unbefragt sehen, steht ein summarischer Überblick über den gegenwärtigen Stand der Arabellion und ihre Aussichten. Doch dies ist kein Buch über die Arabellion, es führt weiter, vor allem tiefer: Die nachfolgenden Kapitel sollen auch eine gewisse Dimension „westöstlicher" Art erschließen, zum Beispiel westliche Forschungen auf dem Gebiet der drei abrahamitischen Religionen (Judentum, Christentum, Islam), die islamische Mystik als den „ganz anderen Islam" – die Religion des Herzens nämlich, die man früher auch einmal in Europa kannte – sowie andere kulturelle und politische Aspekte mannigfacher Art, die schon lange Veränderungen im scheinbar so monolithischen Islam anzeigen und Teil eines westöstlichen Austauschs sind. Die Literatur spielt dabei eine Rolle, ein Feld, auf dem der „Orient" sich bereits früh zu verändern begann, ohne dass seine Umgebung dies wirklich zur Kenntnis nahm; dazu das vielfältige Musikleben, in das westliche Impulse heute massiv eindringen. Politisch und gesellschaftspolitisch bewegen sich islamische Länder und Gemeinden heute zwischen einem dezidierten Fundamentalismus/Islamismus und Konservatismus einerseits und einem dynamischen, vor allem ökonomischen Aufbruch andererseits, etwa in den Golfstaaten.

In meinem im Jahre 2004 erschienen Buch „Der Islam in der Moderne. Aspekte einer Weltreligion" habe ich Themen behandelt, die hier nicht mehr vorkommen oder nur noch am Rande gestreift werden: der Islamismus, die Offenbarung und ihr Verständnis, die großen Rhythmen der islamischen Geschichte, die islamische Eschatologie (Endzeiterwartung), der Dschihad als sogenannter „heiliger Krieg", die Stellung der Frau. Angesichts der Arabellion dürfen allerdings auch hier die Themen Demokratisierung und Säkularisierung nicht übergangen werden, obwohl sie im ersten Buch ebenfalls schon Erwähnung fanden.

Zu den beharrenden Kräften einer Kultur gehören jene Elemente der Vergangenheit, die man nicht ungestraft missachten und nach Belieben „per ordre de Mufti" „designen" kann. Das wird am Beispiel der Türkei gezeigt, wo eine überraschende Wiederkehr eines angeblich überwundenen Phänomens aus Geschichte und Geistesgeschichte, der „Osmanismus", manche Gemüter beunruhigt. Diese sind offenbar nicht in der Lage, historisch zu denken. Die Bestätigung einer gewissen Geschichts-Dialektik ist dort nach der Rückkehr islamischer Kräfte an die Macht unverkennbar. Kann sie als Muster für andere Muslime gelten? Es sieht so aus, als erreiche die kulturelle Gärung in der islamischen Welt eine neue Etappe, die auch uns im Westen nicht unberührt lassen

wird. Zu Recht sind wir der Meinung, dass wir bestimmte Errungenschaften unserer eigenen Kultur nicht zur Disposition stellen sollten; das ist – bei aller dynamischen Veränderung – unsere Form des Konservatismus. Ebenso richtig dürfte jedoch sein, dass wir uns in manchen Punkten zusammen mit „den anderen" durchaus verändern müssen. Dass es auch in unserer Welt Fehlentwicklungen gibt, ist kaum zu leugnen. Und wir müssten endlich aufhören, in allen Belangen den allwissenden Oberlehrer zu spielen. Dies nämlich war und ist ein Teil des Problems, das Okzident und Orient miteinander haben.

Die meisten Kapitel des Buches sind eigens für diesen Band geschrieben worden. Bei einigen wenigen hingegen handelt es sich um die erweiterten Fassungen von Vorträgen oder schon einmal veröffentlichter Arbeiten. Nur am Rande gestreift, also nicht ausdrücklich thematisiert werden der militante Islamismus, der Terrorismus und der Dschihadismus. Über diese Erscheinungen sind schon viele Bücher geschrieben worden, so dass vom Autor nichts hinzugefügt werden sollte. Eine Ausnahme bildet das Kapitel über die Islamische Republik Iran, die aus dem für den Orient und die Weltgeschichte insgesamt zentralen Ereignis der Islamischen Revolution Ajatollah Chomeinis von 1978/79 hervorgegangen ist. Dort ist es unter islamistischen Vorzeichen den schiitischen Islamisten „gelungen", große Teile der städtischen Bevölkerung, vor allem aber der Jugend, dem Islam zu entfremden. Im Unterschied etwa zu Istanbul, der Metropole einer seit Kemal Atatürk weltlich konzipierten Republik, sind in Teheran viele Moscheen gähnend leer. Was sich vor etwas mehr als einer Generation im Iran ereignet hat, verschlug selbst vielen gläubigen Iranern die Sprache. Millionen gingen ins Ausland.

Der Autor der nachfolgenden Kapitel hat selbst kein orthodoxes Religionsverständnis. Er ist Katholik mit starken pantheistischen Neigungen, eingefahrene Dogmen sind ihm allerdings fremd geworden. Er liebäugelt mit den vielfältigen Formen der Mystik in allen Religionen. Für den zu Unrecht vergessenen französischen Philosophen Henri Bergson (1859–1941) war alles Sein vor allem ein Werden, wie es auch die heutige Version der Evolution lehrt; Bergson sprach von einer „schöpferischen Evolution" (evolution créatrice). Das Universum ist offenkundig nichts Totes, sondern in ständiger Bewegung und Veränderung, es spielt mit sich und probiert aus, um dort, wo die Bedingungen entstehen, immer neue Variationen des Lebens auszutesten. Stochastische Interpretationen gehen heute davon aus, dass solche Prozesse keineswegs nur auf unserer Erde stattfinden konnten und können. Die schöpferische Evolution, ein Zusammenwirken erstaunlicher Natur-Gesetze und abgestimmter

 © Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

Natur-Konstanten mit Varianten des „Zufalls“ (der „Freiheit“), ist auch nach Hoimar von Ditfurth, John Lennox und anderen durchaus etwas Heiliges, das man religiös und im Sinne eines begründbaren Gottesglaubens interpretieren kann, gerade als Naturwissenschaftler; sie hat den Menschen hervorgebracht, er ist ihr kontingentes Geschöpf, das sich nicht von selbst versteht. In diesem Sinne, etwa auch einer phantastischen Feinabstimmung des Universums, argumentieren beispielsweise die Gegner des „Neuen Atheismus“, der von Gelehrten wie Richard Dawkins propagiert wird.

Doch jenseits solcher Erwägungen bleibt die Beobachtung bestehen, dass der Mensch, seitdem er Kulturmensch ist, immer Religion in vielen ihrer Formen gekannt hat – als ein unvollkommenes, meistens in Bilder und Metaphern gefasstes, zeitbedingtes Bewusstsein davon, dass über seine Existenz hinaus etwas existiert, das größer und mächtiger ist als er und von dem er abhängt: die Transzendenz, das Rätsel und Geheimnis der Welt, das sich dem Menschen mit seinen unvollkommenen Sinnesorganen und seinem zur Wahrheitserkenntnis nur bedingt geeigneten Geist vielleicht niemals ganz entschleiern wird. Dieses Bewusstsein ist nur ihm, dem Menschen, eigen. In diese Gesamtheit ist er eingebunden, in sie muss er sich am Ende fügen.

Ich danke dem Verlag Frank & Timme für die Bereitschaft, dieses Buch in einer Zeit zu veröffentlichen, in welcher der Islam – nicht ohne eigenes Versagen – in vielen Teilen der Welt ein verheerendes Bild abgibt. Und ich danke der Konrad-Adenauer-Stiftung für ihre Bereitschaft, das Erscheinen auf ihre Weise zu unterstützen.

Die arabische Revolution: Schwieriger Aufbruch zwischen Maghreb und Golf

Es begann am 17. Dezember 2010. In der mitteltunesischen Stadt Sidi Bouzid zündete sich der Gemüsehändler Mohammed Bouazizi an, um gegen zahlreiche, als reine Willkür erscheinende Übergriffe der Behörden gegen seine berufliche und private Existenz zu protestieren. Schon am folgenden Tag kam es zu einer Massendemonstration gegen das Regime von Staatspräsident Zine al Abidine Ben Ali, der seit 1987 über das kleine Land im Maghreb, dem arabischen „fernen Westen", herrschte. Kurz darauf sprang der Funke auf die Hauptstadt Tunis über und erlosch nicht mehr. Am Ende der Eskalation dieser „Jasmin-Revolution", wie man sie schon früh recht poetisch nannte, verließen der Diktator und seine angeheiratete Familie, der Trabelsi-Clan, die sich viele Jahre lang schamlos bereichert und dem Land eine politische Grabesruhe verordnet hatten, Hals über Kopf Tunesien in Richtung Saudi-Arabien. Nach fast einem Vierteljahrhundert war die Herrschaft Ben Alis und der Trabelsis zu Ende gegangen. Seither versuchen neue Regierungen, die Grundlagen für eine „Zweite Republik" zu legen, die von der Mehrheit der Demonstranten und Revolutionäre auch gewünscht wird. Mit einigen wenigen Retuschen soll es nicht getan sein. Inzwischen ist der Diktator in Abwesenheit zu hohen Strafen verurteilt worden, und das in einem Prozess, der wegen seiner Kürze – es wurde jeweils nur an einem Tag „verhandelt" – und wegen der wenig rechtsstaatlichen Art Kritik auf sich gezogen hat. Er zeigte jedoch, wie schwierig es in einem auch von französischer Rechtskultur geprägten arabischen Land ist, Vergeltung durch Gerechtigkeit zu ersetzen. Am 23. Oktober 2011 dann wählten die Tunesier in der ersten wirklich freien Wahl seit der Unabhängigkeit im Jahre 1956 eine Verfassunggebende Versammlung („Constituante"), bei der die islamisch-integristische Partei Ennahda (al Nahda, „Renaissance") die stärkste Formation wurde. Deren Gründer und Führer Rachid al Gannouchi hatte sich schon vor der Abstimmung als moderat islamisch gegeben, einen Religionsstaat strebe man aber nicht an, ließ er wissen.

Tunesien, das war schon wenige Tage nach Ben Alis Abgang klar, schrieb Geschichte – Weltgeschichte, wie sich bald herausstellen sollte. Hier hatten nicht, wie üblich, Generäle ein Regime weggeputscht, oder fanatisierte Religiöse und/oder arabische Nationalisten einen Umsturz herbeigeführt, es waren

 © Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

vielmehr „normale", weitgehend auch unideologisch eingestellte Bürger, die das erreicht hatten. „Wir wollen leben wie ihr in Europa" war eine ihrer Parolen: nicht länger in Armut, endlich auch im Besitz der Menschenrechte und demokratischer Freiheiten, wie sie zwischen Los Angeles und Warschau selbstverständlich geworden sind. Es war zunächst ein Sozialprotest, der unvermittelt in politische Forderungen einmündete.

Und der Duft des Jasmins verflüchtigte sich nach Ben Alis Sturz nicht – ganz im Gegenteil, er wurde stärker: Beflügelt durch die tunesischen Ereignisse, versammelten sich seit Anfang Januar 2011 ägyptische Oppositionelle tagtäglich auf dem zentralen Tahrir-Platz zu Kairo, demonstrierten jedoch auch in anderen Städten, wie etwa Alexandria und Suez. Auf dem Höhepunkt der Proteste waren bis zu zwei Millionen Menschen in Kairos Innenstadt versammelt und forderten, der „Pharao" – Präsident Husni Mubarak – möge zurücktreten. Noch länger als Ben Ali, nämlich seit dem Oktober 1981, hatte Mubarak mit seiner Familie in Ägypten das Sagen gehabt. Seine zunehmend rigider werdende Herrschaft hatte sich mit wachsender Korruption und Repression gepaart; auch dass der in weiten Kreisen unbeliebte älteste Mubarak-Sohn Gamal, ein Geschäftemacher, für die Nachfolge vorgesehen war, erbitterte viele derjenigen, die auf dem Tahrir-Platz demonstrierten. Gegen den jüngeren Sohn Alaa waren ebenfalls schon Korruptions-Vorwürfe laut geworden. Zudem barst das problemgeladene Ägypten unter der Fülle wirtschaftlicher Schwierigkeiten, zumal bei der Jugend, die lange über Perspektivlosigkeit geklagt hatte.

Mubarak machte es den Demonstranten freilich nicht so leicht wie Ben Ali. Doch schließlich musste auch er nachgeben. Zwei etwas konfuse Reden an die Ägypter konnten ihm seinen Thron ebenso wenig retten wie das zwischenzeitlich brutale Vorgehen bezahlter Schergen aus den Reihen der Sicherheitsdienste. Es war schließlich die Führung der Armee, vor allem die graue Eminenz Generalfeldmarschall Mohammed Hussein al Tantawi, die den ehemaligen Fliegergeneral und „alten Kameraden" Mubarak Mitte Februar 2011 zum Abtreten nötigten. Anders als in Tunesien verließ der gestürzte Diktator das Land nicht. Wie Ben Ali war er (angeblich) krank: „Wir wollen nur, dass er geht, aber wir wollen ihm nichts tun", sagten zunächst viele der Demonstranten auf dem Tahrir-Platz, eine Haltung, die sich später freilich wandelte. (Auch den von ihnen gestürzten König Faruk hatten die Ägypter im Jahre 1952 mit Salutschüssen ins römische Exil verabschiedet.) Nun herrschte einstweilen das Militär, doch am 29. Novemeber 2011 wurde frei und unter fairen Bedingun-

gen ein neues Parlament gewählt, 2012 dann der neue Präsident. Und entgegen den anfänglichen Versicherungen ist auch Anklage gegen Mubarak und seine Familie erhoben worden. Der Fortgang der Dinge vor allem in dem volkreichen Ägypten wird wegweisend sein für die ganze Richtung, in die sich die Arabellion entwickelt. Ägypten, das in letzter Zeit ein wenig im Abseits gestanden hatte, ist wieder ein Brennpunkt der arabischen Welt geworden. Freilich: Eine erste Enttäuschung über den schleppenden Fortgang von Reformen zeigte sich schon im Sommer nach Mubaraks Sturz. Die anschließende Herrschaft der Partei der Muslimbrüder entpuppte sich als frustrierendes Zwischenspiel. Nun hat wieder das Militär die Macht, in gewisser Hinsicht ist Ägypten damit wieder dorthin zurückgelehrt, woher es kam; und dennoch: Hoffnungen sind berechtigt, dass der Funke der Freiheit nicht ganz erloschen ist. Er kann jederzeit wieder entfacht werden.

Die Arabellion strahlt aus

Nach den ägyptischen Ereignissen sind fast alle Länder der arabischen Welt – obschon mit unterschiedlicher Intensität – von der Arabellion erfasst worden, wie man diesen politischen und sozialen Aufbruch mittlerweile auch halb offiziell nennt. Der Ausdruck ist treffender als etwa „Arabischer Frühling", denn dieser scheint bereits vergangen zu sein, während die Arabellion in verschiedenen Formen durchaus fortdauert. Vergleiche mit den weltgeschichtlichen Umwälzungen der Jahre 1989 und 1990, die das Ende des Ostblocks und des Kalten Krieges brachten, sind schon angestellt worden, ja sogar die Französische Revolution von 1789 wird zum Vergleich mit dem arabischen Aufstand herangezogen. Furchtsamere und skeptischere Geister bringen gar die Islamische Revolution Ajatollah Chomeinis von 1979 ins Spiel. Tatsächlich spricht manches dafür, dass diese Vergleiche nicht übertrieben sind – auch wenn niemand weiß, zu welchem Ende die Entwicklung gelangen wird. Vieles wird davon abhängen, wie sich die Lage nicht allein in Tunesien und Ägypten, sondern vor allem in Libyen weiterentwickeln wird, wo nach Muammar al Gaddafis Sturz und Tod die begonnene politische Neuordnung mit vielen Fragezeichen behaftet ist. In Libyen wurde die Arabellion zu einem regelrechten Aufstand, der am Ende 30 000 Menschenleben forderte. Wird es zu einem umfassenden Domino-Effekt der Herrschaftsdämmerung kommen, der ausnahmslos alle diese Länder berührt? Oder werden sich einige der Herrscher und Staatsparteien noch einige Zeit halten

© Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

können, und wenn ja, welche und wie lange? Das sind Fragen, die vor allem in Hinblick auf Syrien gestellt werden, wo die Arabellion im Begriff ist, apokalyptische Ausmaße anzunehmen und einen Flächenbrand im gesamten Gebiet des Fruchtbaren Halbmonds auszulösen.

Die Tage des libyschen Despoten waren gezählt, als eine westlich-arabische militärische Intervention mit Billigung der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga einsetzte, um den Aufständischen günstigere Bedingungen für einen endgültigen Sieg über Gaddafis Regiment zu verschaffen. Mit Gaddafis unrühmlichem Ende erlosch, so der Eindruck, eine Welt von gestern, die man andernorts hingegen verzweifelt zu bewahren sucht. Und immer ist natürlich auch der Islam im Spiel. In einer Region, die seit mehr als 1400 Jahren von dieser Weltreligion geprägt worden ist, kann das auch kaum anders sein. In Libyen ringen jetzt dezidiert islamische Kräfte mit weltlichen.

Tunesien, Ägypten und Libyen strahlen auf die beiden anderen Maghreb-Staaten aus, auf Algerien ebenso wie auf Marokko. Auch in Algier sitzt ein kaum verschleiertes Militärregime, das der Nationalen Befreiungsfront FLN, seit 1962 an den Hebeln der Macht, mit einem greisen Präsidenten Abdelaziz Bouteflika, der zu den Fossilien der algerischen Revolution gehörte. Das Regime hat einen Bürgerkrieg mit der islamistischen Bewegung des Landes, der „Heilsfront" (FIS) und der GIA, den „Bewaffneten islamischen Gruppen", erfolgreich überstanden, doch keines der sozialen Probleme des Landes ist wirklich gelöst. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird sogar tiefer. In Marokko hat der König, Mohamed VI., den Vorteil, ungleich gefestigter zu herrschen als die säkularen Autokraten in der Nachbarschaft, ist doch seine Dynastie, die der Alawiten, seit Jahrhunderten in der Doppelfunktion als weltliche und religiöse Herrschaft verwurzelt, die Legitimität also weitaus größer. Zuerst hat der König in einer großen Rede angekündigt, er werde Marokko in eine „parlamentarische Monarchie" verwandeln; die Opposition zeigte sich zufrieden. In einem Verfassungsreferendum stimmte die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung den Entwürfen für eine Reform zu. Parlamentswahlen wurden abgehalten. Es bleibt abzuwarten, ob der Monarch diesen Plan vollständig in die Tat umsetzt und auch die Anstrengungen verstärkt, soziale Verwerfungen auszugleichen. Entscheidend wird dabei sein, ob der Monarch wirklich bereit ist, einen beträchtlichen Teil seiner politischen Einspruchsmöglichkeiten und Privilegien abzulegen. Wie in allen anderen Ländern der Region wird auch in Marokko der Anteil der Jugendlichen immer größer und viele von ihnen haben mangels Ausbildungs- und Arbeitsplätzen nur schlechte Zu-

kunftsaussichten. Die Bevölkerung in diesen Ländern hat sich in der Regel in den letzten vierzig Jahren verdreifacht.

Sozialer Protest ist jedoch die Hefe, der Treibsatz, dieser Arabellion, gekoppelt mit dem Wunsch nach demokratischen Freiheiten, nach Parteien, die diesen Namen verdienen, freien Wahlen und individueller Selbstbestimmung; zumindest gilt dies für den politisch bewussten Teil der Oppositionellen, den „harten Kern". Es fällt außerdem auf, dass viele junge Frauen sich an den Protesten beteiligten und noch beteiligen, mit Kopftuch oder auch ohne. Dezidiert religiöse Kreise hielten sich zunächst zurück, sie versprachen sich von politischen Reformen eine Ausweitung ihrer Spielräume – was den Diktatoren bis heute immer als Vorwand gedient hatte, eine Pluralisierung des politischen Systems abzulehnen. Und dem Westen waren, aus teilweise durchaus verständlichen Gründen der Realpolitik, „stabile", berechenbare Verhältnisse ebenso lieb wie den Herrschern selbst. Aus der Islamischen Republik Iran war bald der Ruf zu vernehmen, es handele sich bei der Arabellion um den von Teheran lang ersehnten Aufstand der islamischen Massen; doch ist es den Mullahs bis heute nicht gelungen, die Unruhen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, noch nicht einmal in Syrien, wo die Arabellion längst in einen Religionskrieg übergegangen ist.

Bei den Ereignissen auf der Arabischen Halbinsel fällt auf, dass die kleinen, von der Bevölkerungszahl her überschaubaren Staaten noch am wenigsten mit der Arabellion zu kämpfen haben – mit einer Ausnahme: Bahrain. In diesem kleinen Königreich herrscht die sunnitische Familie der Al Khalifa über eine zu siebzig Prozent schiitische Bevölkerung, die lange Zeit vom Iran aus beherrscht wurde und viele historische wie religiös-kulturelle Wurzeln dort hat. Bahrains Schiiten haben nämlich immer wieder einmal aufbegehrt. Unterstützung kam aus Teheran, wohin sich einige ihrer Führer bereits vor vielen Jahren ins Exil begeben hatten. Sie fühlen sich nicht nur diskriminiert im politischen System dieser Monarchie, sie sind es auch. Und wer in Bahrain arm ist, stammt in der Regel aus der schiitischen Bevölkerungsmehrheit. Die Schiiten verlangen, dass Bahrain endlich in eine konstitutionelle Monarchie umgewandelt wird, wie das schon im Jahre 2001 vom Herrscher angekündigt worden war. Nach dem Willen der Opposition soll ein Parlament eingerichtet werden, in dem es auch etwas zu beschließen, nicht nur „abzunicken" gibt; dazu gehört natürlich die Möglichkeit, Parteien ins Leben zu rufen, was bis dato verboten ist. Nur auf sogenannten Listen konnte man für die Wahlen kandidieren. Radikale wollen sogar den Sturz der Monarchie. Erst mit Hilfe saudischer Trup-

 © Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

pen ist es den Al Khalifa im Frühjahr 2011 einstweilen gelungen, den Protesten die Spitze abzubrechen. Doch sie können jederzeit wieder aufflammen, die Lage ist bis zum heutigen Tag explosiv. Das brutale Vorgehen der Al Khalifa hat jedoch deutlich gemacht, dass der Transformationsprozess dieser Gesellschaften und ihrer politischen Systeme auch immer wieder Rückschlägen ausgesetzt sein wird – nicht anders war es in Europa, als dort die historischen Revolutionen ausbrachen und sich fortentwickelten.

Seit dem Frühsommer 2011 geriet die Arabellion, sieht man von Libyen einmal ab, für einige Zeit sichtbar ins Stocken, was ohne Zweifel mit ihrer zunächst erfolgreichen Unterdrückung in Bahrain zu tun hatte. Hinzu kam der deutliche Selbstbehauptungswille des Syrers Baschar al Assad, den vor allem Gaddafis Schicksal beeindruckte und zur Beibehaltung der Repression verführte. Er brachte andere arabische Führer dazu, unnachgiebig zu bleiben, den Rufen der jeweiligen Opposition nach ihrem Abgang zu widerstehen. Besonders intensiv zeigte sich das im Jemen, wo der bei einem Angriff verletzte Dauer-Herrscher seit 1978, Ali Abdullah Salih, nach vorübergehendem Exil in Saudi-Arabien sogar wieder nach Sanaa zurückkehrte, bevor er dann im Februar 2012 die Macht doch an eine Übergangsregierung übertragen musste, und, wie gesagt, in Syrien. Im Jemen droht nun der Staatszerfall. In Syrien dauerte die Repression durch das Militär, mit teilweise bürgerkriegsähnlichen Gefechten, über das gesamte Jahr 2011 an und eskalierte im folgenden Jahr 2012 zu einem Bürgerkrieg, der immer blutiger wurde und die Weltpolitik seither in Atem hält, erst recht, seitdem der benachbarte Irak mit in die Auseinandersetzungen einbezogen ist. Im Falle Syriens spielt eine Rolle, dass dieses Regime nicht nur über einen außergewöhnlichen Selbstbehauptungswillen verfügt, sondern in Russland, China und der Islamischen Republik Iran einflussreiche Verbündete hat – anders als bei Gaddafi, der allein dastand.

Die kleinen Beduinen-Monarchien der Halbinsel haben zunächst den Vorteil, sehr übersichtlich zu sein. Ihre Bevölkerungszahl ist gering und der Öl- und Erdgasreichtum erlaubt es den Herrschern Kuwaits, Qatars oder der Vereinigten Arabischen Emirate, zuvörderst Abu Dhabi und Dubai, die Bevölkerung notfalls mit finanziellen Leistungen erst einmal ruhig zu stellen. Auch wenn es dort soziale Verwerfungen gibt, so sind sie doch längst nicht so gravierend wie in den meisten anderen Ländern Nordafrikas und des Maghreb. Überhaupt nicht gilt dies für das winzige, doch schwerreiche Qatar, das sich sogar mit eigenen Soldaten am Kampf gegen Gaddafi beteiligte. Hinzu kommt, dass auch die Herrscherhäuser, die Al Sabah in Kuwait, die Al Thani in Qatar

oder die Al Nahayan und Al Maktum in Abu Dhabi oder Dubai, ihre Legitimation aus der traditionellen Stellung des Scheichs als primus inter pares in der arabisch-beduinischen Gesellschaft beziehen. Der Scheich ist unter den Beduinen seit alters her kein Autokrat, sondern mehr ein Patron – und eben ein Erster unter Gleichen. Trotz ihrer großen Machtfülle sind die Golf-Emire nicht mit den Militärdiktatoren des Nahen Ostens und Nordafrikas zu vergleichen. So haben etwa einfache Bürger durchaus Zutritt zu ihrem Herrscher in der Madschlis, das heißt jener „Sitzung", die in der Regel nach dem Freitagsgebet stattfindet und den Untertanen die Gelegenheit gibt, ihre Wünsche und Klagen gegenüber dem Herrscher persönlich vorzutragen. Dennoch bietet auch dieser wohlwollende Paternalismus, wie die jüngsten Ereignisse zeigen, den Autokraten keine endgültige Sicherheit gegen die berechtigten, nur allzu verständlichen Reformwünsche der Bevölkerung, die auf erweiterte demokratische Mitsprache und gesellschaftliche Partizipation dringt. Mit Geld und sozialen Wohltaten allein lässt sich auch in Arabien längst kein Staat mehr regieren.

Besonders deutlich wurde das in Oman, wo vor allem die Industriestadt Zohar im Norden des Landes nur wenige Monate nach dem 40. Thronjubiläum des Sultans Qabus Bin Said Bin Taimur zum Zentrum von Demonstrationen wurde. Auch hier waren offenbar soziale Spannungen unter den Ölarbeitern der Auslöser. Dies überraschte im Westen umso mehr, da der Herrscher sein Land in den vergangenen Jahrzehnten auf behutsame Weise modernisiert hatte in der Hoffnung, es möge nicht zu den Verwerfungen kommen, die andernorts zu beobachten sind. Im Unterschied zu Bahrain, wo der Widerstand – obwohl geschwächt – fortdauert, haben die Demonstranten in Oman die Herrschaft des Sultans nicht in Frage gestellt, und die Unrast in der Stadt Zohar ebbte rasch ab. Den Ibaditen in Oman kommt zugute, dass ihr Land so ziemlich an der Peripherie der arabischen Welt liegt, weit entfernt von deren Brennpunkten. Schon in der Geschichte Omans war der Blick stärker nach Südostasien und dem östlichen Afrika gerichtet als nach dem Kernraum Vorderasiens.

Dies gilt nun ganz und gar nicht für die jordanische Monarchie. Sie liegt im Malstrom des Geschehens. König Abdullah II. hat auf die Proteste im Frühjahr und Herbst 2011 mit der Entlassung von Regierungen reagiert und weitere Reformen zugesagt. Proteste insbesondere der in das System eingebundenen islamischen Fundamentalisten sind in Jordanien nichts Besonderes. Bedenklich musste allerdings stimmen, dass drei Dutzend Stammesführer der ostjordanischen Beduinen-Clans in einem Offenen Brief an den König Klage über

 © Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

die Verschwendungssucht am Hofe führten und damit insbesondere die junge Königin Rania meinten. Deren „westlicher" Lebenszuschnitt passt nicht allen. Ein altes Problem, mit dem auch schon der Vater und Vorgänger des jetzigen Königs, Hussein Ibn Talal, zu kämpfen hatte. Die Haschemiten-Monarchie in Amman stützt sich seit ihrer Etablierung 1922 auf eben diese Stämme und muss zudem dafür Sorge tragen, dass die im Lande lebenden Palästinenser – etwa sechzig bis siebzig Prozent der Bevölkerung – nicht in Aufruhr geraten. Viele fürchten den Ausbruch einer „dritten Intifada" unter den Palästinensern, die blutiger verlaufen könnte als die vorigen Erhebungen 1987 und 2000. Dass die Dynastie seinerzeit von den Engländern künstlich etabliert wurde, könnte ihr eines Tages vielleicht doch zum Verhängnis werden. Im Irak ist ihr das ja schon 1958 in der Revolution unter Oberst Kassem widerfahren, der den König von Londons Gnaden – Faisal II. – stürzte. Überhaupt sieht es momentan so aus, als werde die staatliche Ordnung, die in der Folge des Zerfalls des Osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg von den Kolonialmächten Großbritannien und Frankreich geschaffen wurde, mehr und mehr in Frage gestellt.

Der traditionelle Rivale der jordanischen Haschemiten, das wahhabitische Königreich der Al Saud, ist spätestens seit Mubaraks Sturz in höchster Alarmstimmung; war aber auch schon zuvor äußerst wachsam. Das riesige Land, spirituelles Zentrum des Islam, obwohl in seiner strengsten, freudlosesten und auch repressivsten Auslegung, Hüter der heiligen Stätten in Mekka und Medina, verfügt über die größten nachgewiesenen Erdölreserven der Erde. Und es ist nach wie vor der wichtigste arabische Verbündete der Vereinigten Staaten und des Westens in der Region, was mit der immer wieder beschworenen Achtung der Menschenrechte kaum in Einklang zu bringen ist. Nicht von ungefähr war es Saudi-Arabien, das beim kleinen Nachbarn Bahrain mit Sicherheitskräften „aushalf", um die dortigen Unruhen auf brutale Weise einzudämmen. Seit Jahrzehnten schon hat das Reich der Ölprinzen auch immer wieder einmal Schwierigkeiten mit der schiitischen Minderheit, deren größter Teil noch dazu in den Ölfördergebieten Ostarabiens, bei al Qatif und al Hasa, lebt. In der Ölstadt Qatif kam es zu Äußerungen des Unmuts, die der greise König Abdullah nur mit Mühe befrieden konnte. Doch wie lange noch? Auch im übrigen Königreich gibt es Kräfte, denen die kosmetischen Korrekturen des Königs Abdullah im System nicht weit genug gingen. Vorsichtshalber verabreichte der Monarch, als er von einer längeren medizinischen Behandlung in Marokko nach Riad zurückkehrte, seinen Untertanen drastische finanzielle

Zuwendungen, in der Hoffnung, damit dem Ausbruch weiterer Proteste fürs Erste die Spitze abgebrochen zu haben. Aber wie lange wird das funktionieren? Auch die nächsten Könige des Landes werden, wenn sich nichts radikal verändert, Greise sein. Werden ausgerechnet sie dazu in der Lage sein, das Königreich von Grund auf zu reformieren? Im Augenblick lässt sich das schwer vorstellen. Angesichts der noch immer überragenden Bedeutung des Riesenreiches für die Energieversorgung der Welt und auch wegen seiner herausragenden Stellung im Islam ist dies eine Schlüsselfrage für den Verlauf der künftigen Weltgeschichte.

Mit großer Sorge beobachtete man in der saudischen Hauptstadt zudem den allmählichen Zerfall des jemenitischen Staates. Schon im Sommer 2011 hatten sich Teile des Militärs, angeführt vom Halbbruder des Präsidenten, auf die Seite der Protestbewegung geschlagen, so dass der Abgang Salihs wohl nur noch eine Frage der Zeit war. Nach einem Anschlag auf Salih in einer Moschee musste sich der Jemenite zur medizinischen Behandlung nach Saudi-Arabien begeben. Die Ölprinzen, die daran interessiert sind, im Jemen wieder Ruhe einkehren zu lassen, wollten von Beginn seiner Ausreise an verhindern, dass er seine Absicht wahrmachte und nach Sanaa zurückkehrte. Salih aber beabsichtigte, seinen Sohn Ahmad mit der Nachfolge zu betrauen, was jedoch die einflussreiche Familie Ahmar ablehnte, die sich sowohl gegen Abdullah Salih als auch gegen seinen Sohn stellte. Im Jemen wuchs danach die Gefahr eines blutigen Bürgerkrieges, der diese Stammesgesellschaft endgültig zerreißen könnte. Die Lage dort ist und bleibt volatil. Warum die Al Saud schließlich Salih die – zeitweilige – Rückkehr am 23. September 2012 doch gestatteten, ist bis heute unklar. Am Ende schien es ihnen wohl so, dass sie in Salih noch am ehesten einen Garanten für die „Stabilität" des Jemen erblickten. Ende Februar 2012 gab Salih persönlich dann aber auf und übertrug die Macht an seinen langjährigen Stellvertreter Mansur al Hadi, einen Politiker aus dem Süden des Landes.

Der Jemen zählt bereits seit vielen Jahren zu den scheiternden Staaten („Failing states") der Welt. Nun ist er möglicherweise schon ein gescheiterter Staat. Wenn Salih vor dem Chaos warnte, hatte er nicht so ganz Unrecht damit. Im Norden haben die streng zaiditischen Huthi-Rebellen um die Stadt Saada ihren eigenen Krypto-Staat errichtet, im Süden, dem ehemaligen marxistisch regierten Süd-Jemen, droht die Sezession vom Gesamtstaat. Außerhalb der Hauptstadt Sanaa haben Stämme zu bestimmen, weniger die Zentralregierung. Auch Al Qaida mischt mit und macht sich die Schwäche des Jemen zunutze. In kaum einem Land beharren die Demonstranten so hartnäckig darauf, dass der

© Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

Präsident und sein ganzes System endgültig weichen und eine neue Ordnung eingerichtet werden muss. Wie die aussehen könnte, vermag in dem besonders archaischen Jemen aber kaum jemand zu sagen. Die Zukunftsaussichten für die Jugend sind so schlecht wie in kaum einem anderen Land des Krisenbogens zwischen Rabat und Maskat.

Erschwerend kommt hinzu, dass der Jemen an einer Stelle liegt, die strategisch und für die Schiffsrouten von besonderer Bedeutung ist: am Horn von Afrika. Dort hat ein Phänomen erneut um sich gegriffen, das man längst für erledigt gehalten hatte: die Piraterie. Eine Basis dafür ist Somalia, das nicht nur ein scheiternder, sondern ein bereits gescheiterter Staat („Failed state") ist. Islamistische Schabaab-Milizen treiben dort ihr grausames Unwesen. Darüber hinaus hat sich die Region zu einem brisanten Tummelplatz für die Terroristen der Al Qaida entwickelt, die vom Horn von Afrika aus im gesamten Osten des Schwarzen Kontinents ihre Aktionen betreiben können. Schon die verheerenden Anschläge des Jahres 1998 auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi und Daressalaam zeigten, welches Unheil da angerichtet werden kann. Wie eine künftige Neuordnung des Jemen aussehen könnte, ist noch ungewisser als bei den meisten anderen Staaten der betroffenen Gebiete. Den Jemen, das ärmste Land Arabiens, trennen viele Generationen der Entwicklung etwa von Ägypten oder Tunesien, zwei Staaten, die weitaus moderner strukturiert sind und das Tor zur modernen Welt schon im 19. Jahrhundert aufgestoßen haben.

Als vorläufig letztes Land, dafür aber umso heftiger, ist Syrien von der Protestwelle ergriffen worden. Als in Libyen der Aufstand schon im Gange war, bekräftigte der syrische Staatschef Baschar al Assad noch in aller Öffentlichkeit, sein Land gehe das alles gar nichts an, denn in Syrien sei alles in bester Ordnung. Doch heftige Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften in der südsyrischen Stadt Daraa zeigten, dass er Unrecht hatte: Die Arabellion hatte auch das Land an Orontes und Euphrat erreicht. Die Unruhe führte dazu, dass die herrschende Baath-Partei den seit 1963 bestehenden Ausnahmezustand per Parlamentsbeschluss aufhob; Assad entließ zudem die amtierende Regierung. Eine groß angekündigte Rede vor dem Parlament am 30. März entpuppte sich freilich als Enttäuschung. Von Reformen war darin kaum die Rede. Auch mit zwei weiteren Ansprachen, die etwas detaillierter waren, konnte Assad die Opposition nicht überzeugen.

Einstweilen scheint sich zu bewahrheiten, was viele ohnehin denken: dass es in Syrien möglicherweise länger als anderswo dauern wird, Breschen in das versteinerte Regime zu schießen, das in vierzig Jahren nur zwei Präsidenten

kannte – Hafez und Baschar al Assad. Ihnen ist es gelungen, über den Apparat der Baath-Partei die Machtposition ihrer Alawiten-Familien aus Westsyrien zu erringen und zu festigen. Das will der junge Assad keineswegs gefährden. Natürlich sitzt ihm auch die Familie im Nacken, der jüngere Bruder Maher zum Beispiel. Sein berüchtigter Schwager Schaukat, Chef des Geheimdienstes, fiel schon einem Anschlag der Rebellen zum Opfer. Hinzu kommt die gesamte Nomenklatura der Partei und des Militärs, die Macht und Pfründen nicht aufgeben will. Trotzdem kann man darüber spekulieren, ob nicht kluge und weitreichende Reformen geeigneter gewesen wären, dem angestrebten Ziel zu dienen, als die endemisch gewordene Repression. In diesem Sinne versuchte die Türkei, die ihre lange Zeit angespannten Beziehungen zu dem südlichen Nachbarn normalisiert hat, auf die syrische Führung einzuwirken, bisher freilich vergebens. Im Sommer 2011 wechselte Ankara dann seine Haltung und brach auf spektakuläre Weise mit dem Assad-Regime; es unterstützt die Rebellen und die Oppositionsbewegung. Diese tagen regelmäßig in Istanbul. Ja mehr noch: Auch die radikalen dschihadistischen und terroristischen Elemente des Islamischen Staates (IS), die unter ihrem Führer Abu Bakr al Bagdadi ein neues Kalifat ausgerufen haben, finden Unterstützung aus der Türkei. Mit ihnen verglichen, erscheint das repressive, aber weltliche System Assads inzwischen vielen als das kleinere Übel. Das neu ausgerufene Kalifat beherrschte im Herbst des Jahres 2014 große Teile des nordwestlichen Iraks und des nördlichen Syriens.

Assad kam zunächst zugute, dass der Aufruhr die Hauptstadt des Landes lange nicht erreicht hatte. Das änderte sich jedoch im Verlauf der Unruhen, obwohl in Damaskus wohl noch die meisten Anhänger des Regimes leben dürften – von den Alawiten-Gebieten einmal abgesehen. Auch im nördlichen Handelszentrum Aleppo gab es viele, die zum Regime hielten, weil sie das Chaos fürchten, wie es heißt. Dies ist nun eingetreten. Da über die Ereignisse in Syrien wegen einer faktischen Nachrichtensperre nur sporadisch und selektiv berichtet werden konnte, ist das Ausmaß der Repression lange Zeit unklar geblieben. Die spärlich nach draußen gedrungenen Nachrichten ließen jedoch das Schlimmste befürchten. Assad hat mit seiner Repression eine Flüchtlingswelle in die Türkei und andere Nachbarländer losgetreten, die Anlass zu größter Besorgnis gibt. Viele Millionen sind auf der Flucht. Die Zahl der Getöteten tendiert gegen 200 000. Allen Syrern sind noch die Ereignisse des Jahres 1982 im Gedächtnis, als „Vater Assad“ in der mittelsyrischen Stadt Hama einen Aufstand der Muslimbrüder brutal niederschlagen ließ. Damals sollen wenigs-

 © Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur

tens 20 000 Menschen getötet worden sein, ein Teil der Stadt wurde dem Erdboden gleichgemacht. Syrien ist immer von den Sunniten dominiert worden, so dass Widerstand von dieser Seite nicht ungewöhnlich ist. Hier stehen Sunniten gegen Alawiten.

Zu berücksichtigen ist, dass Syrien – neben Russland – in der Islamischen Republik Iran (noch) einen mächtigen Verbündeten mit großem Zerstörungspotenzial hat. Bereitwillige Helfer Syriens sind auch die schiitische Hizbullah („Partei Gottes") im Libanon, die jederzeit zu Gewaltakten angestiftet werden kann, dazu die palästinensische radikalreligiöse Hamas, die Kontakte zur Hizbullah unterhält. Insofern stellt Syrien ein ganz anderes Kaliber dar als das isolierte Libyen Gaddafis, den sogar die Arabische Liga bald fallen ließ. Es ist zudem schwer einzuschätzen, welchen Effekt die verkündeten Sanktionen auf Syrien haben werden. Das Regime hat es immer wieder verstanden, sich als unentbehrlicher potenzieller Partner im Nahost-Prozess darzustellen, ohne den es keinen Frieden geben werde. Damaskus fragt somit unausgesprochen den Westen, ob er denn die Berechenbarkeit des Baath-Regimes wirklich aufs Spiel setzen wolle. Auffällig ist tatsächlich, dass nicht einmal der israelische Feind ein gesteigertes Interesse an einem Sturz Assads in Damaskus bekundete. In Jerusalem schätzte man viele Jahre lang die Berechenbarkeit der beiden Assads. Dennoch brach auch die Arabische Liga mit seinem Gründungsmitglied Syrien und arbeitete an einer „Lösung nach Assad". Ob und wann diese kommen wird, steht gegenwärtig in den Sternen. In diesen Tagen sieht es eher so aus, als habe Assad wieder die Herrschaft über große Teile seines Landes errungen und viele seien gar nicht böse darüber. Man liebäugelt mit dem Gedanken, Assad sogar im Kampf gegen den „Islamischen Staat" als Verbündeten zu gewinnen. Der Teufel soll sozusagen mit dem Beelzebub ausgetrieben werden.

Vor zu viel Optimismus wird gewarnt

Wird der arabische „Aufbruch" trotz aller Rückschläge und Gewalttaten zu einer umfassenden Demokratisierung des Vorderen Orients und Nordafrikas führen? Vor zu optimistischen Prognosen sollte man sich in Acht nehmen. Vieles wird davon abhängen, ob sich die arabischen Gesellschaften, die islamische sind, weiter säkularisieren können. Es gibt zwischen dem Atlantik und dem Golf viele säkularisierte Menschen, deren Diskurs kein islamischer mehr ist, doch die Kultur insgesamt ist nicht säkularisiert. Wie wichtig gerade das

für die Herausbildung demokratischer Strukturen, aber natürlich auch für die Beachtung der Menschenrechte wäre, zeigte die Reaktion der Al Azhar-Moschee und der Universität zu Kairo auf die Vorgänge im eigenen Land: Während der oberste Mufti Ägyptens, Scheich Ali Gomaa, sich hinter die Demonstranten stellte, erklärte die Führung der Al Azhar die Proteste gegen die Staatsspitze für „haram", das heißt vom Gesichtspunkt der Religion aus für religiös verboten und unstatthaft. Solange solche Ansichten vorherrschen, steht es noch schlecht um die Möglichkeiten einer umfassenden Säkularisierung und damit auch Demokratisierung islamischer Gesellschaften. Der Widerstand islamistischer Kreise jedenfalls ist heftig und die erste Welle der Arabellion ist verebbt oder im syrisch-irakischen Terror untergegangen.

Arabien hat in seiner Geschichte kaum demokratische Traditionen im modernen Sinne entwickelt. Das alles Öffentliche prägende und überwölbende Gottesgesetz der Scharia sowie indigene Machtfaktoren haben ihre Herausbildung verhindert. Der geistige Unterbau für Pluralismus und Individualismus westlicher Prägung und ebenso für ein Verständnis der Gewaltenteilung fehlt weitgehend. Bis heute sind auch Parteien nach europäischem Verständnis nicht existent. Die Gründung von Parteien, die mehr sind als Interessenverbände im Dienste des Militärs oder einer Person und ihrer Familie, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für weitere Fortschritte. In Tunesien und Ägypten wurde vor den Wahlen schon darüber geklagt, man habe zu wenig Zeit, um gediegene Parteigründungen vorzunehmen, die Wahltermine seien von der politischen Führung nach dem Umsturz zu früh angesetzt worden. Es wird Generationen dauern, bis der politische Aufbruch unserer Tage in tragfähige, von weiten Teilen der Bevölkerung akzeptierte Strukturen transformiert sein wird. Auch ein „Staatsdenken" im modernen Sinne, wie es für das neuzeitliche Europa konstituierend war, ist weitgehend unbekannt. Ansätze dafür in der mittelalterlichen arabo-muslimischen Philosophie, die sich den Lehren des Aristoteles oder Platons zuwandte, wurden in späteren Jahrhunderten von der religiösen Orthodoxie weitgehend eliminiert und müssten ganz neu belebt werden. Die arabischen Nationalisten hatten sich vielerorts mit den Auffassungen der deutschen Romantiker zu Staat und Nation identifiziert, weniger mit dem französischen Modell der laicité oder dem angelsächsischen mit seinem Staats-Pragmatismus.

Europa sollte der Arabellion mit Interesse und beobachtender Sympathie verbunden bleiben und – neben den klassischen Mitteln der wechselseitigen Beziehungen – Hilfe zur Förderung der Zivilgesellschaft anbieten, wo immer

 © Frank & Timme Verlag für wissenschaftliche Literatur